

Der Mutterhausdiakonie Form und Gesicht geben – zur Geschichte des Kaiserswerther Verbandes 1916-2006

Von Norbert Friedrich¹

Was ist der Verband?

Am 9. und 10. November 1932 hatte der Vorstand des Kaiserswerther Verbandes wie üblich eine umfangreiche Tagesordnung zu bewältigen, insgesamt 30 Themen standen zur Debatte und Entscheidung an. Unter Punkt 16 wurde die Frage der Aufnahme der baltischen Mutterhäuser in den „Deutschen Verband“, wie man gerne in Abgrenzung zur internationalen Generalkonferenz sagte, besprochen. Der Vorsteher des Mutterhauses in Mitau (heute Jelgava in Lettland), Heinrich Katterfeld hatte einen Antrag auf „Umgestaltung des reichsdeutschen Verbandes in einen volksdeutschen Verband“ gestellt. Damit war eine politische Frage angesprochen, zugleich nahm der Antrag eine Debatte in Kirche und Diakonie auf, die in der Weimarer Republik mehr und mehr an Bedeutung gewonnen hatte. Politisch ging es um die Frage, wie man für die deutschen Bevölkerungsgruppen außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches eintreten könne, gerade unter den außenpolitischen Bedingungen (Versailler Vertrag). In der kirchlichen und diakonischen Debatte stand freilich die grundsätzliche Frage nach der Stellung zur parlamentarischen Demokratie im Hintergrund. Gerade protestantische Theologen und Kirchenführer hatten sich nach 1918 aus der alten Staatsfixierung gelöst (Verbindung von Thron und Altar), „Volk“ und „Volkstum“ in den Mittelpunkt gestellt und damit mindestens eine Distanz gegenüber der Demokratie aufgebaut. So argumentierte nun auch Heinrich Katterfeld, der damit theologisch auf der Linie des Kaiserswerther Verbandes lag. Auch konnte er davon ausgehen, dass die baltischen Mutterhäuser – die in politisch sehr schwierigen Verhältnissen arbeiteten – in den Gremien des Verbandes gut bekannt waren, denn über ihre Situation war immer wieder berichtet worden, Hilfen waren immer wieder geflossen. Und doch warf der Wunsch „erhebliche Schwierigkeiten“ auf, wie das Protokoll berichtet. Denn in dieser uns heute vielleicht harmlos erscheinenden Frage steckte eine grundlegende Veränderung des bisherigen Aufgabenspektrums

¹ Der erste Teil dieses Beitrages (die Geschichte bis 1945) ist in der Zeitschrift *Der Weite Raum* 2005, S. 39-41 erschienen, der zweite Teil (Geschichte nach 1945) in: *Der Weite Raum Jubiläumsheft* 2006, S. 5-6).

des Verbandes. Man lehnte den Antrag daher ab: „Eine Hauptaufgabe des Kaiserswerther Verbandes ist die kraftvolle gemeinsame Vertretung bei den Reichs- und Staatsbehörden. ... Der Zweck des Verbandes würde bei einer Erweiterung über die Grenzen Deutschlands hinaus wesentlich verändert und der Einfluss des Verbandes bei den genannten Behörden wesentlich geschwächt werden.“

Diese zunächst juristische Ablehnung ist doppelt wichtig. Zum einen konnte so eine inhaltliche Position und damit eine politische Stellungnahme vermieden werden – schließlich förderte man ja gerade diese Mutterhäuser und setzte dies auch nach 1932 fort –, zum anderen machte der Vorstand deutlich, worin er eine wesentliche Aufgabe des Verbandes sah: in einer Vertretung gegenüber dem Staat, heute würde man wohl von Lobbyarbeit sprechen.

Diese Positionsbestimmung war im Herbst des Jahres 1932 nicht selbstverständlich. Denn der Verband steckte zu dieser Zeit noch immer in einer schweren Krise, seine Zukunft war keineswegs gesichert. Indem man sich in dieser Frage – die keinesfalls in den Jahren 1931 bis 1933 zentral war und dennoch als charakteristisch gelten kann – auf die die Gründung des Verbandes bestimmende Zweckbestimmung besann, bemühte man sich, den Verband in seiner Existenz zu sichern. Und als eine Interessenvertretung gegenüber staatlichen Stellen wollte man sich keine offenkundige Politisierung der Arbeit leisten.

Dass der Verband jedoch seit seiner Gründung mehr war als eine reine Interessenvertretung gegenüber dem Staat, wird schon deutlich, wenn man sich die Gründungsgeschichte anschaut.

Die Gründung 1916

Mitten im Ersten Weltkrieg, am 5. Dezember 1916, wurde der Kaiserswerther Verband offiziell gegründet, er verdankt seine Entstehung dem Krieg. Denn der Krieg hat innenpolitisch die Modernisierung der Wohlfahrtspflege als einer staatlichen Aufgabe gefördert und dabei die freien und kirchlichen Träger im Sozial- und Gesundheitswesen rechtlich anerkannt. In dieser Situation genügte die seit 1861 bestehende „Kaiserswerther Generalkonferenz“, die praktisch über keine eigenen Strukturen bzw. Mittel verfügte (auch wenn man darüber schon länger nachdachte), nicht mehr. In der nationalistisch aufgeladenen Situation war ein international ausgerichteter Verband zudem unmöglich. Klar wurde in den ersten Satzungen von Dezember 1916 die Aufgabe des Verbandes benannt, er sollte „die gemeinsamen Angelegenheiten der

ihm angehörenden Mutterhäuser (zu) behandeln und nach außen (zu) vertreten, besonders im Verkehr mit den Behörden“. Auch wenn bei der Gründung in pragmatischer Weise der Verband als ein „Zweckverband“ bezeichnet wurde, beschränkte sich doch darin gerade nicht seine Arbeit, vielmehr vermochte er, stärker noch als die Generalkonferenz, die alle drei Jahre stattfand, ein Netzwerk der Mutterhäuser aufzubauen. Das Führungspersonal der Mutterhäuser stand in einem regen persönlichen Austausch, Versammlungen und Konferenzen förderten in der Zeit der Weimarer Republik diese Entwicklung. Seine Kraft entwickelte er aus diesem Netzwerk.

Zunächst war der Verband wie auch schon die Generalkonferenz eine ehrenamtlich geführte Institution, erster Vorsitzender war Theodor Hoppe (1846-1934) aus dem Oberlinhaus in Nowawes (heute Potsdam-Babelsberg). Schnell wurde aber klar, dass diese Konstruktion kaum lange haltbar war, zumal gerade in den Jahren ab 1919 auf den Vorsitzenden schwierige Aufgaben warteten. Denn durch die in der Weimarer Reichsverfassung festgelegten Prinzipien des Wohlfahrtsstaates und die sich unter Führung des Reichsarbeitsministeriums (unter Leitung des Zentrums politiklers Heinrich Brauns) entwickelnde Finanzierung der sozialen Arbeit der freien Wohlfahrtsverbände führte zur Entstehung neuer Institutionen und Strukturen. Die Voraussetzung für den Erhalt der staatlichen Mittel war eine eigenständige Organisation, nur Verbände der freien Wohlfahrtspflege erhielten die Mittel, die dann weiter verteilt werden sollten. Die Mutterhäuser, die über Krankenhäuser, Behinderteneinrichtungen, Schulen, Altenpflegeheime, Ausbildungsstätten und viele weitere Arbeitseinrichtungen verfügten und in denen beinahe 20.000 Diakonissen arbeiteten, waren ein gewichtiger Teil der kirchlichen Wohlfahrtspflege, sie wollten und sollten von den öffentlichen Mitteln partizipieren. Die neuen Finanzierungsmöglichkeiten, die gerade in der zweiten Hälfte der 20er Jahre zu verstärkten Investitionen und zu einer baulichen Modernisierung führten (z.B. Krankenhausneubauten und -umbauten), bewirkten im Wohlfahrtssektor große Veränderungen, es entstand die „Liga der freien Wohlfahrtspflege“ (1924) als Zusammenschluss der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, es wurde 1923 die Hilfskasse als Bank der Träger gegründet, die heutige Bank für Sozialwirtschaft.

Johannes Thiel

Die Berufung des Vorstehers der Berliner Mutterhauses Bethanien, Johannes Thiel (1874-1941) zum Verbandsdirektor im Jahr 1921 hatte sich seit 1919 hingezogen. Personelle und finanzielle Bedenken (schließlich mussten die Mutterhäuser die Um-

lage für den Verband nicht unerheblich erhöhen) mussten zuvor aus dem Weg geräumt werden. Mit Engagement und Tatkraft machte er sich daran, die Arbeit des Verbandes zu professionalisieren. Er genoss dabei eine hohe Akzeptanz, auch wenn man manchen Protokollen und Texten aus der Zeit abspüren kann, dass viele über die Expansion der Arbeit verwundert waren. Thiel war ganz eingebunden in den sich entwickelnden Konzern der Inneren Mission, als Aufsichtsvorsitzender der Hilfskasse, als Mitglied des Centralausschusses für Innere Mission etc. Er verkörperte als ein Multifunktionär beispielhaft die Entwicklung der Inneren Mission in der Weimarer Republik zu einem großen Wirtschaftskonzern.

Veränderung und Expansion

Veränderungen und Expansion bestimmten so zunächst die Geschichte des Verbandes. Nur als Schlaglichter seien hier einige Bereiche genannt:

Der Verband richtete 1924 ein eigenes „Referat Kinderpflege“ ein, Auguste Mohrmann (-1967) leitete es, sie blieb dem Verband bis 1967 als Verbandsoberein verbunden, schon seit 1925 hatte man übrigens mit Pastor Ernst Siebert auch einen 2. Verbandsgeistlichen eingestellt.

Zur Sicherstellung des Feierabends der Diakonissen wurde zum 1. Januar 1925 die Altersversorgungskasse des Verbandes gegründet. Der Grund war dabei besonders die Überlegung, dass die Schwestern nicht in der allgemeinen Sozialversicherung versichert werden konnten und sollten, denn, so hieß es, „Diakonissen sind keine Lohndienerinnen“. Sie waren von der allgemeinen Versicherungspflicht befreit, in das staatliche System wollte man bewusst nicht hineingehen. Die gute Finanzlage der umlagefinanzierten Altersversorgungskasse in den ersten Jahren ermöglichte übrigens die Unterstützung von Investitionen in den Mutterhäusern und beim Verband, da man das Kapital ausleihen konnte.

Im Januar 1926 erschien erstmals „Die Diakonisse“ als Zeitschrift für weibliche Diakonie, sie sollte als eine „Fachzeitschrift“ das Wissen über den Verband und die Mutterhausdiakonie fördern, zugleich war es aber auch ein Informationsblatt für die gesamte Bewegung. Es erschien bis 1941 (Verbot), Nachfolger wurde die Zeitschrift „Der Weite Raum“ ab 1963, sie wurde dann als eine „Schwesternzeitschrift“ konzipiert, Adressaten waren besonders die Schwestern in den Mutterhäusern.

1927 wurden schließlich, es war ein günstiges Angebot, in Berlin Wilmersdorf Haus und Grundstück Landhausstraße 10 gekauft, eine große Stadtvilla, die sich sehr für die Geschäftsstelle eignete. Später wohnte hier auch der Verbandsdirektor.

Johannes Thiel war in dieser Phase der entscheidende Motor der Entwicklung, sein Einfluss stieg noch einmal, als er in der Nachfolge von Theodor Hoppe 1929 in Personalunion auch noch den Vorsitz des Vorstandes übernahm. Doch diese Konstruktion sollte nicht lange funktionieren. Johannes Thiel waren durch seine zahlreichen Ämter mit dem größten finanziellen und öffentlichen Skandal der Inneren Mission im 20. Jahrhundert verbunden, dem sog. Devaheim-Skandal, dem betrügerischen Zusammenbruch verschiedener Unternehmen des Wohnungsbaus und der Baufinanzierung. Auch materiell war der Verband betroffen, hatte er doch auf Anraten Thiels u.a. in der Landhausstraße ein angrenzendes Grundstück (Nr. 11) und Gebäude gekauft und durch ein Unternehmen der Devaheim-Gruppe finanziert. Schwerer noch als der finanzielle Schaden, dieser konnte begrenzt werden, wog der moralische. Mit der Finanzkrise, die eine existentielle Bedrohung der gesamten Inneren Mission darstellte, stand auch die Expansion zu Wohlfahrtsunternehmen zur Diskussion. In der zeitgenössischen Debatte wurde die Vertrustung kritisiert, das entstandene „System“ der Inneren Mission abgelehnt, eine Umkehr zu einer ethisch und theologisch begründeten, am christlichen Liebeshandeln orientierten Diakonie, wurde gefordert.

Krise und Bedrohung

Die Krise führte im Verband zu einem personellen Neuanfang, während Auguste Mohrmann und Ernst Siebert im Amt blieben (Siebert wurde später auch Verbandsdirektor, freilich mit weniger Befugnissen), wurde der im September 1932 neubesetzte ehrenamtliche Vorstand nun zur entscheidenden Größe. Zwei Personen waren es besonders: Siegfried Graf von Lüttichau (1877-1965), Vorsteher in Kaiserswerth als Vorsitzender und Hans Lauerer (1884-1954), Vorsteher der Diakonissenanstalt Neudettelsau, als sein Stellvertreter.

Das Verhalten des Verbandes gegenüber dem Nationalsozialismus, welches gerade von Ruth Felgentreff in ihrem Buch besonders herausgestellt hat, bedürfte sicher einer besonderen Darstellung. Grundsätzlich kann jedoch festgestellt werden, dass die konservativen Protestanten (und natürlich Protestantinnen) an der Verbandsspitze dem 30. Januar 1933 nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber gestanden haben, die sog. Machtergreifung verband man mit der Hoffnung auf eine Rechristianisierung

der Gesellschaft, das Ziel einer Reichskirche teilte man. Mit einer großen Anpassungsleistung an die neuen Machthaber hoffte man, die eigenen Institutionen zu sichern.

In diesem Sinne vollzog man bereitwillig die satzungsgemäße Gleichschaltung des Verbandes, setzte sich aber gleichzeitig für eine weitgehende Selbstständigkeit der Mutterhäuser und der Schwesternschaften ohne staatliche Bevormundung ein. Die im Juni 1933 vollzogene „Gleichschaltung“ des Kaiserswerther Verbandes als Schwesterngemeinschaft war insofern ein Kompromiss, als erreicht werden konnte, dass nicht die einzelne Schwester Mitglied der „Reichsfachschaft deutscher Schwestern“ wurde, sondern es eine korporative Mitgliedschaft gab. Ergebnis dieser Konstruktion war nicht nur die Aufwertung und die Machterweiterung von Auguste Mohrmann als Führerin der Schwesternschaft des Kaiserswerther Verbandes, sondern besonders die Gründung der „Diakoniegemeinschaft“ der evangelischen Schwesternverbände, wiederum unter Auguste Mohrmann. Als man schließlich 1939 aus den sog. Hilfsschwestern der Mutterhäuser die Verbandsschwesternschaft des Kaiserswerther Verbandes bildete, wurde Auguste Mohrmann auf Vorschlag von Siegfried Graf Lüttichau zur nicht immer unangefochtenen aber doch maßgeblichen Verbandsoberrin. Damit stand sie im Zentrum der Verbandsarbeit, besonders in der Kriegszeit. Denn es standen ca. 50.000 Schwestern der Diakoniegemeinschaft nur knapp 6.000 sog. braunen Schwestern und einigen tausend freien Schwestern gegenüber.

Auch wenn gerade die staatlichen Eingriffe und Repressionen die prekäre Lage der Diakonie immer wieder verdeutlichten, waren der Kaiserswerther Verband und die Diakoniegemeinschaft zu wichtigen Ansprechpartnern gegenüber dem Staat geworden, etwa in den zentralen Fragen Krankenpflege, Wehrmachtskrankenpflege aber auch in vielen grundsätzlichen Fragen im Verhältnis von Staat und Kirche. Der Verband erlangte besonders in der Kriegszeit eine Klammerfunktion zwischen den Mutterhäusern, wurde doch die Außenvertretung gegenüber dem Staat offensichtlich immer wichtiger.

Das Netzwerk

Im Zweiten Weltkrieg hat der Verband, unabhängig von juristischen und finanziellen Erwägungen oder Aufgabenstellungen, seine Bedeutung als ein Netzwerk der Gemeinschaften beweisen können, ein hilfreicher und solidarischer Bund, der sich in der Krise und Bedrängung als tragfähig und kraftvoll erwies. Als Netzwerk der Hilfe

fanden Feierabendgeschwestern, deren Häuser zerstört waren und die unter den Bombenangriffen litten, Zuflucht in anderen Häusern; ganze Gemeinschaften wurden von anderen Häusern aufgenommen; als Netzwerke der Arbeit wurden Arbeitsfelder, die nicht mehr betreut werden konnten weiter gegeben; als Netzwerke des Glaubens waren Gebet und Fürbitte zentrale Bestandteile des Glaubenslebens, nun in der Not und Bedrohung des Krieges erwies sich die Solidarität. Gerade Auguste Mohrmann war von Berlin aus ständig bemüht, Informationen über die Schwestern und die Mutterhäuser zu erhalten und weiter zu geben.

Neuanfang: Expansion in der Krise

Das Jahr 1945 stellte für den Verband keinen entscheidenden Einschnitt dar, die handelnden Personen blieben zunächst die gleichen; auch die Ausrichtung und die Grundmotivation der Arbeit veränderte sich nicht. Und doch war der Neuanfang nach 1945 für den Verband schwer. Die Geschäftsstelle in Berlin war stark zerstört, der Vorstand war in seiner Zusammensetzung überaltert, die Bedingungen der Besatzungszeit machten ein ungehindertes Reisen und Zusammentreffen kaum möglich. Lange Zeit war die Geschäftsstelle zunächst in Kaiserswerth, im sogenannten „Schwedenhaus“, einem mit ökumenischen Mitteln errichteten kleinen Holzhaus auf dem Gelände der Diakonissenanstalt. Zugleich wurde aber der Besitz in Berlin gehalten (und in den 50er Jahren auch noch um die Nr. 12 erweitert), stellte Berlin doch die Klammer zwischen den Häusern im Osten und im Westen Deutschlands dar. Auguste Mohrmann betreute von dort aus die Häuser im Osten, viele Sitzungen fanden entweder in der Landhausstraße oder aber später im Osten Berlins statt. So wurde der Besitz auch ein Zeichen für den Zusammenhalt der Mutterhausdiakonie im geteilten Deutschland. Auch wenn man schon früh organisatorische Konsequenzen aus der innerdeutschen Grenze ziehen musste (es gab eine besondere Konferenz der ostdeutschen Mutterhäuser) verstand man sich doch als eine gemeinsame Bewegung. Nach 1990 gelang auch deswegen die Zusammenführung so gut und schnell, weil die gemeinsamen Wurzeln und Arbeiten nie aufgegeben worden sind.

Hier war es zusätzlich die Kaiserswerther Generalkonferenz die eine gemeinsame Plattform bot. Diese bestand, nach einer Phase der Unsicherheit – durch die Gründung des Diakonia Weltverbandes – doch. In Schwäbisch Hall fand man sich 1953

zu ersten Generalkonferenz nach dem Krieg zusammen, eine neue Grundordnung markierte den Neuanfang.

Überhaupt waren die 50-er und 60-er Jahre eine Phase des Aufschwungs der Verbandsarbeit, trotz der sich mehrenden Krisendiagnosen (Schwesternmangel, alternierende Schwesternschaften, Säkularisierung der Arbeitsfelder, Veränderung des Wohlfahrtsstaates), die sich etwa in dem Buch des Verbandsdirektors Heinrich Leich „Sterbende Mutterhausdiakonie?“ von 1954 verdichtet formuliert finden.

Denn der Verband hatte ein reiches Betätigungsfeld, der geistliche Aufbau in den Mutterhäusern, die Sozial- und Gesundheitsgesetzgebung (z.B. Krankenpflegegesetz 1957) oder die kirchliche Situation in Deutschland (Frage der Gemeindediakonie). Besonders ins Auge fallen dabei die Bemühungen, eine relativ neue Gruppe von Fachleuten, die in den Vorständen der Mutterhäuser bedeutender wurde, in die Verbandsarbeit einzubinden, die sog. „Wirtschaftsführer“. Für diese wurden eigene Tagungen eingerichtet. Neben den geistlichen und theologischen Aufgaben – die gerade der Verbandsdirektor und der Vorsitzende des Verbandes bearbeiteten – und den Fragen der Pflege, der Erziehung und der Schwesternschaften – für die die Verbandsoberein Auguste Mohrmann verantwortlich zeigte – wuchsen so auch die ökonomischen Aufgaben. So wurde nach längeren Debatten Ende der fünfziger Jahre eine zusätzliche Position geschaffen, der kaufmännische Verbandsdirektor. Auch wenn der Posten nur wenige Jahre besetzt war, von dem Volkswirt Gerhard Brechtelsbauer, war es doch ein Signal. Der Kauf des Hauses in Bonn und der spätere Bau des „Hauses der Begegnung“ in der Landhausstraße in Berlin sind Ausdruck einer sich verändernden Strategie des Verbandes. Wer sich allein die Ausweitung der Bilanzsumme in den 50-er und 60-er Jahren anschaut, erkennt die neue Strategie des Verbandes. Der Schock des Devaheim-Skandals der 30er- Jahre war endgültig überwunden.

Diese Entscheidungen wurden auch als Antworten auf die Krisenszenarien verstanden, als Bekenntnisse zur Zukunft der Gemeinschaften. Dabei war sich der Verband immer auch durchaus der eigenen Grenzen bewusst; er konnte und wollte Themen anstoßen und begleiten, Foren zur Debatte und Begegnung bieten, Kontakte und geistlichen Austausch organisieren, immer mit den Mutterhäusern, die den Weg mitgehen mussten und sollten. Der langjährige Vorsitzende Eduard Grimm, zugleich Vorsteher des Mutterhauses in Kassel, hat in einem Rückblick auf seine zehnjährige

Vorstandstätigkeit davon gesprochen, der Verband sei kein katholischer Orden, er sei vielmehr eine sehr heterogene „subtile“ Erscheinung, eine „ökumenische Gemeinschaft“.

Und gleichzeitig war der Verband immer wieder zur Reform, zum Wagnis bereit, auch wenn nicht alle Wege ans Ziel führten. Die Theologische Tagung in Freudenstadt von 1968 kam beispielsweise nicht „aus heiterem Himmel“ und sie brachte doch für den Verband etwas Neues: man wollte den einzelnen Häusern nun einen „Raum der Freiheit“ zugestehen, ihnen eine „größere Mannigfaltigkeit der Erscheinungsformen“ ermöglichen ohne zugleich die Identität der Mutterhausdiakonie aufzugeben. Damit war die Strenge, die man in den ersten Jahrzehnten gegenüber den Häusern und ihren unterschiedlichen Erscheinungsformen angelegt hatte, einer Weite gewichen, die doch nicht theologisch beliebig zu werden versuchte. Begleitung und die Öffnung und Erhaltung von Freiräumen waren nun vordringliche Aufgaben. Eine solche protestantische geprägte Weite und Liberalität trägt den Verband bis heute, auch weil die theologischen Debatten weiter gegangen sind.

Literaturtipps

Wer mehr über die Verbandsgeschichte erfahren möchte, wird hier fündig:

Ruth Felgentreff, *Profil eines Verbandes*, Breklum 1991 (gründliche Verbandsgeschichte; Restexemplare sind noch bei der Kulturstiftung erhältlich)

Heide-Marie Lauterer, *Liebestätigkeit für die Volksgemeinschaft. Der Kaiserswerther Verband deutscher Diakonissenmutterhäuser in den ersten Jahren des NS-Regimes*, Göttingen 1994 (eine historische Darstellung die bis 1934/35 reicht, im Buchhandel vergriffen)

Günther Freytag, *Unterwegs zur Eigenständigkeit. Von den „freien Hilfen“ zur „Diakonischen Schwesternschaft“*, Gemeinschaft evangelischer Frauen und Männer im Kaiserswerther Verband deutscher Diakonissenmutterhäuser e.V., Gütersloh 1998 (der ehemalige Verbandsdirektor hat eine wesentliche Frage, die den Verband seit den 20er Jahren beschäftigt, profund bearbeitet.)

Ruthild Brakemeier, *Die Mutterhausdiakonie und ihr Weg in die Zukunft*, Breklum 2002 (dieses Buch, dass sich besonders mit der Geschichte der Generalkonferenz beschäftigt, zeigt – ausgehend vom Blick aus einem anderen Land, nämlich Brasilien – wie der Weg der Mutterhausdiakonie weiter gehen könnte; das empfehlenswerte Buch kann über den Verband und die Fliedner-Kulturstiftung bezogen werden)

Und wer noch mehr wissen will: das Archiv des Verbandes befindet sich in der Fliedner-Kulturstiftung

Informationen unter 0211/409-3786; friedrich@fliedner-kulturstiftung.de